Aus den Verhandlungen des Bundesrathes.

Angelegenheit der deutschen Flüchtlinge.

Kreis Schreiben des Justiz- und Polizeidepartementes der schweizerischen Eidgenossenschaft an die Regierungen der hohen eidgenössischen Stände.

Bern, den 17.—18. Juli 1849.

Lit.

In Fortsetzung der Mittheilungen in Betreff der deutschen Flüchtlinge, welche ich Ihnen zu machen im Falle bin, habe ich die Ehre, Ihnen Folgendes zu berichten:

1) Der eidgenössische Kommissär ist beauftragt worden, unmittelbar zu einer vorläufigen Vertheilung der Flüchtlinge auf die Kantone nach den allgemeinen Materialien, welche er besitzt und ohne die umständlichen Namensregister dieser Ausländer abzuwarten, zu schreiten. Obschon er dieselbe auf das Verhältniß der Bevölkerung basiren soll, soll er sich gleichwohl an diese Zahlen nicht wie an eine absolute und unabänderliche Regel binden, sondern dabei auch andere Umstände in Erwägung ziehen, wie z. B. die Entfernung mehrerer Kantone von der deutschen Grenze, die Wahrscheinlichkeit einer nahen Amnestie, die Uebelstände, welche zu häufige Märsche und Kontremärsche darbieten, die Armuth einiger Gegenden. Der Bundeskommissär bereitete sich, diesen Weisungen Folge zu geben und

hat in Folge mit einem Delegirten des hohen Standes Zürich getroffener Berathungen, vorläufig eine billige Vertheilung festgesetzt, die er den zum Empfang von Flüchtlingen berufenen Kantonen zur Kunde gebracht hat.

Aus den bis dahin erhaltenen Nachweisen ergibt sich, daß in die Schweiz, in Kolonnen oder Abtheilungen, über 9000 deutsche Flüchtlinge eingetreten sind, ungerechnet 150 Polen und eine sehr beträchtliche Zahl einzeln oder in kleinen Abtheilungen angelangter Individuen.

2) In Modifizirung des bundesrätlichen Kreis Schreibens vom 5. d. Mts. soll der Kanton Graubünden ebenfalls den ihn treffenden Antheil von Flüchtlingen erhalten, unter Einladung, sie nicht zu nahe an die österreichische oder lombardische Grenze zu verlegen.

3) Das nämliche oder ein demselben vorhergegangenes Kreis schreiben hat noch eine andere Modifikation erhalten. Der eidgenössische Kommissär ist bevollmächtigt worden, da überall, wo keine Konflikte mit den fremden Truppen befürchtet werden müssen und wo überhaupt keine Gefahr für die internationalen Verhältnisse der Eidgenossenschaft droht, die Flüchtlinge auf eine Entfernung unter 8 Stunden von der Grenze zwischen Basel und Konstanz zu verlegen.

Aus dieser Abänderung ergibt sich und würde sich schon aus dem Kreis schreiben des Bundesrathes vom 12. d. Mts. ergeben, daß der Kanton Thurgau, der Breite des großen Bodensees willen, eben so wie die andern eidgenössischen Stände, Flüchtlinge aufnehmen soll.

4) Ein wesentlicher Punkt, auf welchen das Departement Ihre ernste Aufmerksamkeit richten muß, sind die Uebelstände aller Art, die daraus hervorgehen, daß einige Kantone im Innern der Schweiz nach Basel hin eine gewisse Zahl von Flüchtlingen instradiren, welche in ihr

Heimatland zurückkehren wollen oder glauben es thun zu dürfen. Da diese Flüchtlinge jetzt noch weder in Frankreich, noch im Großherzogthum Baden aufgenommen werden, häufen sie sich in der Stadt Basel und finden sich somit viel zu nahe an der Grenze.

Daher werden Sie eingeladen, Tit., die nöthigen Befehle zu ertheilen, damit diese Rückinfiltration von Flüchtlingen, welche nach Hause zurückkehren wollen oder können, eingestellt werde, bis daß Sie vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartemente oder durch Herrn Oberst Kurz, welcher den eidgenössischen Kommissär in Basel vertritt, die Nachricht erhalten, daß die an der Grenze anlangenden Flüchtlinge den Durchpaß frei finden werden.

Bei einem abweichenden Verfahren würde man dem Kreis schreiben des Bundesrathes vom 12. dieß entgegenhandeln, und die Kantone, welche diese Fremden dahin hätten abgehen lassen, würden sich dem aussetzen, daß sie ihnen aufs Neue zugeschielt würden.

Genehmigen Sie, Tit., die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

(Folgt die Unterschrift.)

P. S. Die in Nr. 4 des gegenwärtigen Kreis schreibens enthaltene Einladung hat, wie es sich von selbst versteht, keinen Bezug auf die durch bundesrätlichen Beschluß vom 16. I. Mts. ausgewiesenen Flüchtlinge.

Kreis Schreiben des Bundesrathes an alle
eidgenössischen Stände.

Bern, den 20. Juli 1849.

Herrn!

Der Beschluß, welchen wir am 16. d. M. in Flüchtlingsfachen gefaßt und nebst einem Kreis Schreiben Euch mitgetheilt haben, ist von einigen h. Ständen nicht mit Befriedigung aufgenommen worden, indem sie darin eine Mißkennung der bisherigen Grundsätze über Asyl zu finden glauben und überdies im Zweifel sind, ob das Schicksal der Ausgewiesenen nicht in hohem Grade gefährdet werde.

Dieses veranlaßt uns, durch gegenwärtiges Kreis Schreiben, Euch die Motive, die uns geleitet haben, näher zu entwickeln, als es in der gedrängten Form des Beschlusses möglich war.

Vor Allem aus müssen wir den erwähnten Zweifel beseitigen, als ob es sich um eine Ausweisung handeln könnte, welche in ihren Wirkungen einer Auslieferung gleich komme. Diese Auffassung der Sache ist aber unrichtig und wir glaubten, in den Motiven des Beschlusses hinreichend angedeutet zu haben, daß wir einen andern Zufluchtsort, der die Sicherheit der auszuweisenden Flüchtlinge nicht gefährdet, voraussetzen. Wir verwenden uns in dieser Hinsicht aufs Thätigste und werden den Beschluß nur in diesem Sinn vollziehen.

Was nun die Ansicht betrifft, als ob durch den fraglichen Beschluß die bisherigen Grundsätze über das Asyl beseitigt werden, so geben wir uns die Ehre, Euch auf folgende Momente aufmerksam zu machen.

Die Angelegenheit des Asyls hat in neuerer Zeit für die Schweiz einen Umfang und eine Bedeutung erlangt, welche sie in früherer Zeit nie hatte. Tausende von Flücht-

lingen sind letztes Jahr in die Schweiz gekommen und noch mehr Tausende dieses Jahr. Die Folge davon waren Verpflegung und Unterstützung derselben und militärische Okkupationen, welche außerordentliche Opfer von dem Lande verlangt haben und gegenwärtig in nie gehörtem Umfange verlangen. Wir glauben uns daher kaum zu täuschen, wenn wir annehmen, daß das schweizerische Volk, so hoch es auch mit Recht den Grundsatz des Asyls ehrt, ein Maß und Ziel verlange, und daß es die Anwendung aller Mittel fordere, welche geeignet sind, den enormen Lasten und der Gefahr für die Sicherheit und Ordnung Einhalt zu thun. Unter diese Mittel gehört die Entfernung der Führer, wenn es gelingt, denselben ein anderes Asyl zu verschaffen. Denn wir haben hinreichenden Grund anzunehmen, daß viele der übrigen Flüchtlinge auch desto eher einen Ausweg suchen und finden, sowie daß die benachbarten Staaten bereitwilliger zu Massregeln sind, welche die Entfernung der großen Masse möglich machen.

Es kommt aber vor Allem in Frage, ist die gefasste Schlußnahme der Ehre der Schweiz und den bisherigen Grundsätzen zuwiderlaufend? Wir glauben, daß trotz derselben das Asyl in ausgedehntem Maße gewährt werde, so weit es immer mit den höchsten Interessen des Landes vereinbar ist, und daß namentlich die Ehre des Landes in keiner Weise gefährdet sei. Wir haben alle von einer zahlreichen Armee Verfolgten aufgenommen und sie dadurch einem schweren Schicksal und viele derselben einem sichern Tode entzogen; wir geben der ganzen großen Masse Aufenthalt und Unterstützung; wir werden viele derselben längere Zeit behalten müssen und wir trachten endlich den Führern des Aufstandes ein anderes Asyl zu verschaffen. Mehr kann man doch unmöglich von der Schweiz verlangen.

Wenn wir die Führer unter der erwähnten Voraussetzung ausweisen, und zwar ohne Unterschied, ob Einzelne derselben schon jetzt das Asyl mißbraucht haben oder nicht, so sind es die außerordentlichen Verhältnisse, welche diese Maßregel nothwendig machen. Wenn je der Artikel 57 der Bundesverfassung, welcher, beiläufig bemerkt, keineswegs die Bedingung enthält, daß ein Fremder unter allen Umständen das Asyl mißbraucht haben müsse, eine Bedeutung haben kann und eine Anwendung finden muß, so ist es gegenwärtig. Wir wollen nicht näher eintreten auf das Benehmen vieler der betreffenden Personen in der Vergangenheit und auf alle Erfahrungen, welche die Schweiz gemacht hat; aber so viel ist auch ohne diese Erinnerungen klar, daß dieselbe sich zu einem Herd der Agitation gestalten müßte, der die innere Ordnung und die äußere Sicherheit in hohem Grade gefährden würde, wenn die politischen und militärischen Führer dieses letzten, nun zum drittenmal erneuerten Aufstandes mit einer großen Menge ihrer Gesinnungsgenossen einen längern Aufenthalt in der Schweiz haben würden. Alle Folgen davon und namentlich die außerordentlichen und kostspieligen Anstrengungen unsers Landes zu erwägen, überlassen wir Ihrer Einsicht.

Wir schließen mit der Erklärung, daß wir das Dekret vom 16. Juli ohne den mindesten fremden Einfluß mit Einstimmigkeit gefaßt haben, und mit dem tiefsten Gefühl der Nothwendigkeit. Sollte es hie und da mißdeutet werden, so tragen wir das ruhige Bewußtsein in uns, daß wir das Wohl des Vaterlandes in dieser wichtigen Zeit mit der vollsten Ueberzeugung angestrebt haben.

Wir benutzen überdies diesen Anlaß u.

(Folgen die Unterschriften).

Aus den Verhandlungen des Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1849
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	38
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.07.1849
Date	
Data	
Seite	283-288
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 131

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.